

PRESSEINFORMATION



vom

1. Oktober 2008

Informationsplattform zur Haushaltskonsolidierung

Gewerkschaften und Stadtverwaltung unterzeichneten gemeinsame Vereinbarung

Am **Mittwoch**, den **1. Oktober 2008**, unterzeichneten die Vertreter der Gewerkschaften Michael Kleber (DGB) und Wolfgang Galleske (ver.di) gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, Klemens Koschig, eine Vereinbarung, die die Gründung einer Informationsplattform für die Einbeziehung der Arbeitnehmervertretungen in den Konsolidierungsprozess der Stadt Dessau-Roßlau vorsieht. Mit dem Begriff „Konzern Stadt“ lässt sich die neuartige Konsolidierungspartnerschaft zusammenfassen, die davon ausgeht, dass Haushaltskonsolidierung ein ganzheitliches kommunales Thema ist, dem sich nicht nur die Stadtverwaltung im Speziellen stellen muss. Die Ausgliederung von Aufgaben aus dem Kernhaushalt und ihre Erledigung in kommunalen Unternehmen können nicht dazu führen, dass diese Bereiche dann von Aufgabenkritik und Sparzwängen ausgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Einbeziehung aller Arbeitnehmervertretungen nicht nur ein Anliegen der Gewerkschaften, sondern ausdrücklich auch eines der Stadt Dessau-Roßlau, um die Ideen und Vorschläge der Arbeitnehmer im Rahmen dieses Prozesses aufzunehmen zu können.

Die Vereinbarung soll auch verdeutlichen, dass es nicht das vordergründige Ziel der Stadt ist, kommunale Beteiligungen um jeden Preis Ertrag bringend zu veräußern. Es soll vielmehr versucht werden, innerhalb des „Konzerns Stadt“ alle Möglichkeiten von Effizienzsteigerungen, Rationalisierung und Ausschöpfung von Synergieeffekten zu nutzen, um eine nachhaltige und dauerhafte Konsolidierung zu erreichen. Dazu wurde bereits eine Initiative der Geschäftsführer und Betriebsleiter aller kommunalen Unternehmen gestartet, die gemeinsam mit der Stadtverwaltung an Maßnahmen hierfür arbeitet.

„Die in der Vereinbarung gegründete Informationsplattform wird hoffentlich ein weiteres wichtiges Instrument sein, um das Ziel der Haushaltskonsolidierung erfolgreich umsetzen zu können“, begründet OB Koschig seinen Beweggrund für die Partnerschaft. Nur dann könnten künftig auch wieder neue Handlungsspielräume geschaffen werden, so das Stadtoberhaupt weiter.